

**Ute Schäfer**, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, bitte.

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Das ist nett. – Bitte schön, Herr Sternberg.

**Prof. Dr. Thomas Sternberg** (CDU): Frau Ministerin, wenn ich richtig informiert bin, ist am 1. Mai 2010 unmittelbar vor der damaligen Landtagswahl sogar noch ein Evaluations- bzw. ein Perspektivbericht zu JeKi als Manuskript ohne Endredaktion vorgelegt worden. Ist an diesem Bericht eigentlich irgendwann mal weitergearbeitet worden?

**Ute Schäfer**, Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport: Ja, daran ist weitergearbeitet worden. Wir sind ja dabei, dieses Projekt weiterzuentwickeln. Aber in diesem Bericht ist damals auch zum Ausdruck gekommen, dass es würde man das Projekt auf das ganze Land übertragen, 83 Millionen € kosten würde. Das hat dieser Bericht vor allem ausgesagt.

Noch einmal: Als wir das Projekt übernommen haben, Herr Prof. Sternberg, war es total unterfinanziert. Ich habe noch nie ein Projekt gesehen, das so schlecht vorbereitet war.

Ich sage Ihnen noch etwas dazu: Sie haben 11 Millionen € an Spendenmittel vorausgesetzt, damit dieses Projekt weiterlaufen kann. Sie wissen genau, dass lediglich 500.000 € respektive 1 Million € eingeworben worden sind.

Das Projekt war komplett unterfinanziert, schlecht vorbereitet. Wir haben es stabilisiert und werden es weiter überarbeiten, um dann zu überlegen, welche Bereiche man in die Fläche des Landes bringen kann. Das dauert allerdings, das ist nicht ganz leicht.

Ich möchte noch etwas zu den Informationsquellen sagen. Die Internetportale habe ich Ihnen genannt. Frau Schmitz, ich kann es Ihnen leider nicht ersparen, aber in Ihrem Antrag steht, dass sich an dem Kulturrucksack 28 Kommunen beteiligen. Hätten Sie ins Internet geschaut, hätten Sie gemerkt, dass inzwischen 130 Kommunen in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich mitmachen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich möchte Herrn Abel ausdrücklich danken, dass er das an dieser Stelle so deutlich betont hat. Das war sehr hilfreich.

Ich bin froh, dass wir eine so bunte, eine so lebendige Landschaft der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen haben. Sie ist ein großer Schatz. Das bescheinigen uns auch andere Bundesländer. Wir sind in diesem Bereich gemeinsam mit dem Schulressort durchaus federführend. Wir brauchen uns hinter niemandem zu verstecken. Das ist in der

Tat eine wichtige Voraussetzung für ganzheitliche Bildung.

Ein Wort abschließend noch zu Herrn Lamla: Sie haben die kulturelle Bildung im Erwachsenenbereich angesprochen. Ich will Ihnen ganz deutlich sagen, dass es da durchaus unterschiedliche Aufgabenbereiche gibt. Für die Erwachsenenbildung sind unsere Volkshochschulen im Land Nordrhein-Westfalen natürlich von zentraler Bedeutung. Das ist nicht unbedingt eine Aufgabe, die in meinem Ministerium ressortiert. Gleichwohl beschäftigen wir uns mit Kultur im Alter. Auch dazu gibt es Projekte, die man natürlich auch bei uns findet. Es gibt das Kultursekretariat Gütersloh, das sich in besonderer Weise mit Kultur im ländlichen Raum beschäftigt – im Rahmen der demografischen Entwicklung.

Aber noch einmal: Das, was Sie unter klassischer Erwachsenenbildung verstehen, das bildet sich auch in unseren Volkshochschulen ab, die natürlich ebenfalls kulturelle Arbeit leisten. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Wir sind am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2288** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Abschließend abgestimmt werden soll im federführenden Ausschuss. – Wer stimmt dem so zu? – Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

## 9 Fahrplan Breitbandausbau für Nordrhein-Westfalen

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2280

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Piratenfraktion Herrn Kollegen Schwerd das Wort.

**Daniel Schwerd** (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Surferinnen und Surfer! Breitbandinternet ist in unserem Land heute in seiner Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft ebenso wichtig wie die anderen großen Infrastrukturtäger, wie Straßen oder Schienen. Wir sind uns alle einig, dass der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes zum großen Teil darauf beruht, eine gut ausgebauten Infrastruktur zu haben.

Wir müssen daher endlich anfangen, uns dem Ausbau der digitalen Infrastruktur mit der gleichen Energie zu widmen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das Thema „Breitbandinfrastruktur“ hat dabei eine doppelte gesellschaftliche Bedeutung. Es geht um die gleichberechtigte Teilhabe der Menschen an der Gesellschaft. Das Internet hat die Art und Weise, in der wir zusammenleben, arbeiten und unsere Freizeit gestalten, radikal verändert. In Zukunft wird die Bedeutung des Internets in allen gesellschaftlichen Bereichen noch zunehmen: Fernarbeit, E-Government, E-Learning sind einige Stichworte.

Der Bundesgerichtshof bezeichnet den Zugang zum Breitbandinternet bereits als Teil der materiellen Lebensgrundlage. Umso erschreckender ist es, dass immer noch Tausende Bürger in Nordrhein-Westfalen keinen Zugang zu einer zeitgemäßen Internetversorgung haben. Auch für Bürger im ländlichen Raum oder in einer Kommune mit angespannter Haushaltslage muss das Land sicherstellen, dass Breitbandinternet flächendeckend zur Verfügung steht.

(Beifall von den PIRATEN)

2 MBit/s im Downstream als Internetgrundversorgung zu definieren, wie es die Landesregierung tut, entspricht Technik von vorgestern. Das reicht heute nicht mehr aus.

(Beifall von den PIRATEN)

Der zweite Aspekt bezieht sich auf die Bedeutung vom Breitbandinternet für die Volkswirtschaft. Investitionen in schnelle Breitbandnetze rechnen sich. Unternehmen profitieren von schnellen Internetverbindungen, mit deren Hilfe sie innovative Produkte und Dienstleistungen entwickeln und anbieten können. Regionen, die mit dieser Entwicklung nicht mithalten können, werden in Zukunft wirtschaftlich zurückfallen.

Die Landesregierung verfolgt angeblich das Ziel, bis 2018 eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur von mindestens 50 MBit/s zu ermöglichen. Das begrüßen wir ausdrücklich. Allerdings erkennen wir bislang keine Anstrengungen, wie die Regierung das bewerkstelligen will. Weder der Wirtschafts- noch der Landwirtschaftsminister können angeben, wie die nächsten fünf Jahre konkret genutzt werden sollen, um das Ausbauziel zu erreichen.

Wir fordern die Landesregierung auf, darzulegen, wie sie dieses Ziel erreichen will. Mit welchen Instrumenten und Mitteln wollen Sie in welcher Zeit eine flächendeckende Breitbandinfrastruktur erreichen?

Darauf aufbauend wollen wir mit den anderen Fraktionen hier im Haus einen konkreten Fahrplan bis

2018 erarbeiten. Denn es gibt zahlreiche ungeklärte Fragen:

Der Netzausbau ist privatwirtschaftlich organisiert. Wie können wir erreichen, dass auch dort eine Breitbandinfrastruktur entsteht, wo es sich derzeit nicht lohnt? Bisher wird diese Wirtschaftlichkeitslücke mit Landesfördermitteln überbrückt.

Wie können wir dafür sorgen, dass die Telekommunikationsanbieter angemessen an den Kosten beteiligt werden? Denn sie verdienen anschließend durch die Nutzung der Infrastruktur ihr Geld.

Oder noch besser: Wie können wir dafür sorgen, dass die Netze nach dem Ausbau in Nutzerhand bleiben, wenn sie schon mit öffentlichen Mitteln gefördert werden?

Wie können wir die staatlichen Ausgaben so gering wie möglich halten? Denn es gilt wie immer, mit möglichst wenig Landesmitteln möglichst viel zu erreichen. Wir müssen uns dazu auch Gedanken um das gesamte Regulierungsdesign machen.

Was ist mit Kommunen, die selbst die entsprechende Infrastruktur bereitstellen wollen?

Schließlich: Reicht der Fokus auf den Ausbau des Downstreams aus, oder müssen wir nicht auch die Upstream-Bandbreite viel stärker in den Blick nehmen?

Das sind nur einige grundlegende Fragen. Wir halten es für entscheidend, darüber endlich zu einem parteiübergreifenden Diskussionsprozess zu kommen.

Wir haben zwei kurzfristige Übergangsmaßnahmen vorgeschlagen, um den Breitbandausbau in NRW schon jetzt zu beschleunigen:

Erstens muss die Definition der Internetgrundversorgung in einem ersten Schritt von 2 MBit/s auf mindestens 6 MBit/s erhöht werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Das würde dafür sorgen, dass auch die Kommunen staatlich gefördert werden könnten, die derzeit über eine anachronistisch langsame Anbindung verfügen.

Zweitens haben wir gefordert, dass auch finanzschwache Kommunen in die Lage versetzt werden, sich an den Förderprogrammen des Landes zu beteiligen. Diese Forderung hat Rot-Grün schon kurz nach unserer Beantragung erfüllt. Dafür unser Dank!

(Matthi Bolte [GRÜNE]: So sind wir!)

Dennoch kann es sich hierbei nur um einen allerersten Schritt handeln. Wir fordern: Machen sie den Breitbandausbau zur Chefsache! Denn unser Land braucht neue Impulse in diesem Bereich. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Schwerd. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Kollege Vogt.

**Alexander Vogt**<sup>\*)</sup> (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der weitere Ausbau der Netzinfrastruktur und schneller Internetverbindungen ist ein Ziel der SPD-geführten Landesregierung; Herr Schwerd, hier sind wir gar nicht so weit auseinander. Die Bedeutung von Breitbandzugängen für den Wirtschaftsstandort NRW wird wachsen. Unternehmen und auch die private Kommunikation profitieren von Breitband- und Glasfaserverbindungen.

Auch im privaten Bereich wird ein schneller Netzzugang wichtiger. Teilhabe am gesellschaftlichen Leben hängt immer mehr auch mit dem Zugang zu leistungsfähigen Internetverbindungen zusammen.

Wir haben dieses Thema in NRW im rot-grünen Koalitionsvertrag verankert. Natürlich müssen in einigen Bereichen des Flächenlandes NRW, insbesondere im ländlichen Raum, weitere Anstrengungen unternommen werden. Nach Angaben des TÜV haben fast 98 % der Haushalte in NRW eine Versorgung von 2 MBit/s oder höher, und mehr als zwei Drittel der Haushalte können eine Versorgung von 50 MBit/s aufweisen. Heute nennen wir 2 MBit/s noch Grundversorgung. Das wird sich in den kommenden Jahren sicherlich nach oben verändern.

Um weiter voranzukommen, müssen wir gemeinsam mit den Netzbetreibern, den Kommunen und dem Bund an neuen Projekten arbeiten. Bisher hat die Landesregierung einiges zur Förderung von Breitband auf den Weg gebracht, einiges ist geplant.

Neben Beratungsmaßnahmen werden Gewerbegebiete beim Ausbau gefördert. Hier wird insbesondere der ländliche Raum mit Hilfen bedacht. Auch Darlehensprogramme durch die NRW.BANK sind zur Förderung und als Anreiz für den weiteren Ausbau vorhanden. Mit BreitbandConsulting.NRW ist ein Beratungsinstrument geschaffen worden, welches die Landkreise und Kommunen vor Ort über Förderungen und Projekte zum Netzausbau beraten kann.

Wir konnten die Förderung seit der Regierungsübernahme steigern. Bereits 2010 wurden beispielsweise 70 Projekte in Höhe von 4,5 Millionen € zur Breitbandförderung in NRW bewilligt. – Zum Vergleich: 2009, also zu Zeiten von Schwarz-Gelb, wurden nur 13 Projekte mit 1,9 Millionen € bewilligt. – Im Jahr 2012 waren wir bei 8,6 Millionen €. Und wir wollen weiter daran arbeiten, bestehende Förderungen zu stärken.

Seitens der CDU wird gleich sicherlich das Wahlkampfversprechen aus Bayern angesprochen. Dort werden pünktlich ein halbes Jahr vor der Wahl 500 Millionen € und eine flächendeckende Versorgung mit 50 MBit/s in den nächsten Jahren verspro-

chen. Das ist ein hohes Ziel. Ob es realistisch ist, wird sich sicherlich zeigen.

Verschweigen darf man hierbei aber nicht, dass Schätzungen davon ausgehen, dass ein Investitionsvolumen von 2 Milliarden € nötig sein wird. 1,5 Milliarden € müssten somit vermutlich durch die Kommunen aufgebracht werden. Darum gilt es, bei allen Forderungen nach einem verstärkten Ausbau der Infrastruktur auch realistisch zu bleiben.

Meine Damen und Herren, der Breitbandausbau ist wichtig für NRW, für die Menschen und für die Unternehmen hier. Wir sind gar nicht so weit von dem Antrag der Piraten entfernt. Diesen Antrag werden wir im Ausschuss weiter diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Vogt. – Die CDU-Fraktion schickt nun Herrn Schick ins Rennen.

(Allgemeine Heiterkeit)

**Thorsten Schick** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Diskussion um den schleppenden Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen ist im Landtag und seinen Ausschüssen alles andere als neu. Wir als CDU-Fraktion hatten zuletzt im Februar dieses Jahres im Wirtschaftsausschuss die Debatte angestoßen.

Trotzdem – das will ich nicht verhehlen – habe ich gewisse Sympathien für den Antrag der Piraten;

(Beifall von Dr. Joachim Paul [PIRATEN] – Josef Hovenjürgen [CDU]: Hey!)

denn er legt noch einmal in aller Deutlichkeit offen, dass die Landesregierung bei diesem Thema eine äußerst langsame Leitung hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sonst fallen die Minister Rimmel und Duin vornehmlich dadurch auf, dass sie in unterschiedliche Richtungen marschieren. Diesmal ist das nicht der Fall. Das ist auch kein Wunder; denn beim Thema „Breitband“ gibt es außer beschwichtigenden Worten wenig Bewegung. Das Einzige, was sich bewegt, Herr Minister Duin und Herr Minister Rimmel, sind Ihre Finger, wenn es darum geht, dem jeweils anderen die Verantwortung zuzuweisen.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, es ist also kein Wunder, dass die Menschen außerhalb der Ballungsgebiete beim Thema „Breitband“ bei dieser Landesregierung falsch verbunden sind.

Herr Minister Rimmel, Herr Minister Duin, Sie werden hier sicherlich gleich mit Statistiken aufwarten, nach denen NRW bei der Versorgung mit 2-MBit-Leitungen hervorragend ausgestattet ist und einen

Spitzenplatz belegt. Damit sind Sie aber so weit von der Realität entfernt wie der gute alte C64 mit Data-sette vom heutigen Tablet. Egal ob Unternehmen oder Privatkunden – möglichst viele Personen und Unternehmen müssen sehr schnell mit 16-MBit-Leitungen ausgestattet werden; denn ein Unternehmen braucht diese schnellen Leitungen für Videokonferenzen genauso, wie ein privater Haushalt sie für HDTV im Wohnzimmer benötigt. Hier liegt NRW trotz großer Bevölkerungsdichte nicht an der Spitze der Bundesländer. Beispielsweise Baden-Württemberg ist mit 16-MBit-Leitungen deutlich besser ausgestattet, obwohl es auch dort ländliche Gebiete und schwierige topografische Verhältnisse gibt.

Herr Minister Duin, kämpfen Sie endlich dafür, dass mehr Tempo auf die Datenautobahnen kommt! Viele Mittelständler in Südwestfalen, in Ostwestfalen, im Münsterland, am Mittelrhein und am Niederrhein warten dringend darauf.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit schnellem Internet können neue Geschäftsfelder erschlossen werden. Die immer wichtiger werden den Just-in-time-Lieferungen können sich über diese schnellen Netze wesentlich besser koordinieren lassen. Nicht zuletzt, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf voranzutreiben, ist es wichtig, den Unternehmen diese Möglichkeiten zu gewähren. Auch dafür braucht man leistungsfähige Internetverbindungen.

Aber nicht nur die Unternehmen brauchen in Nordrhein-Westfalen mehr Tempo im Netz. Auch für die ländlichen Regionen sind schnellere Geschwindigkeiten unverzichtbar. Egal ob E-Learning, das Verschieben von größeren Bilddateien oder das Schauen von HDTV über das Internet – bei geringen Up- und Downloadgeschwindigkeiten ist das ein stetes Ärgernis.

Herr Minister Remmel, Sie sind für den ländlichen Raum zuständig. Führen Sie diese Bezeichnung nicht nur im Namen Ihres Ministeriums, sondern tragen Sie mit Ihrem Ministerium auch endlich zur Problemlösung bei!

(Beifall von der CDU)

Herr Vogt hat gerade richtigerweise die Förderung von Breitband in Bayern angesprochen. Ich will gar nicht auf die Summen hinaus, die dort aufgerufen werden. Das ist nicht mein Thema. Mir geht es vielmehr darum, wie man Kommunen unterstützt und welche Lösungsmöglichkeiten man dort anbietet. In Bayern ist man wesentlich flexibler – übrigens mit der Unterstützung der Europäischen Kommission. Beihilferechtliche Fragen, die dann immer gern als problematisch eingewendet werden, sind bei dem bayerischen Vorhaben also kein Problem. Allein durch Sonntagsreden werden nämlich keine E-Mail, kein Konstruktionsplan und auch kein Fernsehbild schneller verschickt.

Selbstverständlich entwickelt sich auch das Internet in Nordrhein-Westfalen immer schneller. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das passiert aber nicht wegen, sondern trotz dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Lob gebührt vielmehr den vielen Menschen in Nordrhein-Westfalen, die mit anpacken, nämlich den Verwaltungen, den Bürgermeistern und den Unternehmen, die diese Probleme selbst in die Hand nehmen und an der einen oder anderen Stelle zu einer Lösung führen.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Schick. – Nun spricht für die grüne Fraktion Herr Bolte.

**Matthi Bolte (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns wohl einig darüber – das haben die ersten Redebeiträge durchaus gezeigt –, dass der Ausbau der Breitbandinfrastruktur sehr positive volkswirtschaftliche, aber insbesondere auch – das haben alle Vorredner betont – gesellschaftliche Effekte hat. Vor diesem Hintergrund ist es gut und richtig, den Breitbandausbau mit Nachdruck voranzutreiben.

Dieses Ziel verfolgen wir natürlich weiter. Herr Schwerd hat schon die Zielsetzung angesprochen: 2018 bis auf 50 MBit. Im Moment fördern wir den Breitbandausbau in Nordrhein-Westfalen mit etwa 7 Millionen € jährlich. Die Ausbaustrategie ist zweigleisig angelegt: zum einen die Herstellung der Grundversorgung und zum anderen die Schaffung der Hochleistungsnetze bis 50 MBit in dem genannten Zeitraum. Daher sind wir sicherlich auf dem richtigen Weg.

Zunächst ist es aber wichtig, einzusehen, dass es auch weiße Flecken gibt. Mein Vorredner hat gerade gesagt, die Realität spiegele sich nicht in den Statistiken wider. Das fand ich interessant argumentiert. Wie soll es denn funktionieren, dass aus einer Statistik keine Realität abzuleiten ist? Darüber müssen wir uns vielleicht später einmal unterhalten.

Ich finde interessant, dass wir aus Berlin stets hören, es gebe keine weißen Flecken mehr. Da habe ich mich immer gefragt: Was sagt denn gerade der Bundeswirtschaftsminister den Menschen hier vor Ort, die sehr wohl bestätigen können, dass es weiße Flecken gibt und dass an diesen weißen Flecken gearbeitet wird? – Dann habe ich mir die Debatte um den Reichtums- und Armutsbericht angeguckt. Herr Rösler hat einfach ein flexibles Verhältnis zur Realität.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Sie hören nicht zu!)

Diese aktuelle Lage darf natürlich nicht von den Fehlern der Vergangenheit ablenken. Der Breitbandausbau ist kein Thema, das es seit gestern gibt. Da wurden insbesondere vor 2010 Chancen vertan. Es wurden Fördermöglichkeiten nicht genutzt. Das müssen Sie sich auch durchaus vorwerfen lassen, wenn Sie jetzt ständig bohren.

Es geht aber auch um direkte Veränderungen. Herr Schwerd hat es eben schon angesprochen. Das Haushaltsgesetz ermöglicht es jetzt Kommunen in einer schwierigen finanziellen Situation, den Breitbandausbau voranzutreiben, wenn dort alternative Wege gegangen werden. Das ist ein wichtiger Schritt.

Meine Damen und Herren, es reicht nicht, alleine über Fördermittel zu reden. Es gibt dringenden gesetzgeberischen Handlungsbedarf. Da ist insbesondere der Bund gefragt, einen passenden rechtlichen Rahmen zu setzen für eine Breitbandinfrastruktur, die gesellschaftliche Teilhabe am Internet ermöglicht. Wir haben es mit einem Beispiel dafür zu tun, was wir seit 2009 in aller Konsequenz immer wieder feststellen müssen. Die Bundesregierung verschmachtet den digitalen Wandel. Das ist für eine Gesellschaft im frühen 21. Jahrhundert absolut verheerend.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Deshalb haben wir, SPD und Grüne, im Koalitionsvertrag zwei Maßnahmen verankert, auf die ich kurz eingehen möchte, die eben den Zugang zum schnellen Internet deutlich beschleunigen sollen.

Das eine ist die Absicherung der Netzneutralität. Da waren wir uns lange Zeit eigentlich alle einig, dass das gesetzlich abgesichert werden muss. Aber das, was am Ende ins TKG integriert wurde, ist eben keine durchschlagskräftige und keine eindeutige Absicherung der Netzneutralität. Das wird eine neue Mehrheit im Bundestag nach dem 22.09. anpacken müssen.

Mindestens genauso wichtig ist aber auch unser Vorschlag für eine Breitbanduniversaldienstverpflichtung. Ich finde, die Anbieter müssen stärker als bisher in die Pflicht genommen werden. Vielleicht kommen wir darüber auch noch einmal in eine interessante Diskussion.

Zugang zum Netz – das ist eine zentrale Aufgabe für die Daseinsvorsorge. Es macht einfach Sinn zu sagen: Wenn die Post auf jede Hallig geliefert wird und wenn der Strom auf jede Almhütte kommt, dann brauchen wir robuste gesetzliche Regelungen für die Versorgung mit breitbandigem Internet.

(Beifall von der SPD)

Das war übrigens schon einmal fast erreicht. Die Union im Bundestag war im Zuge der letzten TKG-Novelle schon so weit, einer Universaldienstverpflichtung zuzustimmen. Dann kam die FDP. Mit ihr kam die Mär vom niemals versagenden Markt. Dann hat man sich wahrscheinlich ein paar Mal mit Gurken und Wildtieren verglichen, und dann war der Universaldienst vom Tisch. Das ist schade.

Meine Damen und Herren, wir werden hier in Nordrhein-Westfalen den Breitbandausbau mit Nachdruck vorantreiben. Wir werden insgesamt den digitalen Wandel als Chance für unsere Gesellschaft und als Chance für alle gesellschaftlichen Bereiche gestalten. Das ist unser Auftrag als heute in Verantwortung stehende Politikerinnen und Politiker. Diesem Auftrag werden wir hier in Düsseldorf auch gerecht. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Bolte. – Die FDP hat Herrn Bombis auf die Redeliste gesetzt. Das Mikrofon ist Ihres, Herr Bombis.

**Ralph Bombis (FDP):** Vielen Dank, sehr geehrter Herr Präsident. – Meine Damen, meine Herren! Die FDP-Fraktion hier im Landtag mahnt seit geraumer Zeit, dass die flächendeckende Versorgung unseres Landes mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen und der Aufbau von Hochleistungsnetzen nicht nur erforderlich sind für die komfortable Nutzung neuer Dienste, wie beispielsweise hochauflösendes Fernsehen oder Telemedizin. Sie sind vor allen Dingen auch Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum, mehr Beschäftigung und steigenden Wohlstand auch in der Zukunft. Das ist bei meinen Vorrednern bereits angeklungen.

Die erforderliche Geschwindigkeit solcher Verbindungen – das sollten wir uns noch einmal ganz deutlich vor Augen führen – steigt hierbei kontinuierlich an.

Herr Bolte, wenn Sie sagen, aus Berlin hören Sie nicht die richtigen Botschaften und die konkreten Zahlen, muss ich Sie leider korrigieren. Aber offenbar hören Sie da wie bei so vielen Dingen nicht richtig zu. Es ist nämlich außerordentlich positiv zu bewerten, dass der Bundeswirtschaftsminister vor Kurzem die Bundesstrategie in diesem Bereich noch einmal, was die Resultate angeht, bewertet hat. Philipp Rösler hat festgehalten, dass seit Beginn dieser Bundesstrategie im Jahr 2009 die Breitbandverfügbarkeit, was 50 MBit pro Sekunde angeht, eine Steigerung um rund 45 % zu verzeichnen hat und dass damit ca. 55 % aller deutschen Haushalte insgesamt an das schnelle Internet angeschlossen sind.

(Beifall von der FDP)

Also es wird hier mitnichten davon geredet, dass das Ziel vollständig erreicht ist. Aber es ist ein beachtlicher Erfolg dieser Strategie.

Wichtig ist – insofern begrüßen wir als FDP-Fraktion den Antrag der Piraten ausdrücklich –, dass wir auch weiter auf diesem Weg voranschreiten.

Wir haben in diesem Plenum bereits 2011 einen entsprechenden Antrag eingebracht. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, ich kann Ihnen leider den Hinweis nicht ersparen, dass Sie bei diesem Antrag damals von Schwarzmalerei gesprochen haben und dass Sie es als nicht notwendig erachtet haben, den Breitbandausbau hier weiter zu forcieren. Deswegen, meine Damen und Herren, ist dieser forcierte Ausbau nun leider umso dringender geworden.

(Beifall von der FDP)

Aus den Beratungen im Wirtschaftsausschuss, die bereits angeklungen sind, muss man sagen, haben wir vor allen Dingen festzuhalten, dass erstens in den letzten Jahren, was die Förderinstrumente angeht, keine Veränderungen vorgenommen worden sind und dass zweitens keine neuen Ideen seitens der Landesregierung erkennbar sind und dass schließlich zu allem Überfluss auch noch damit zu rechnen ist, dass durch den Wegfall der europäischen Ziel-2-Mittel eher zukünftig auch noch eine zusätzliche Finanzierungsproblematik entsteht. Dies wird insbesondere für Kommunen mit überschuldeten Haushalten Antworten von uns verlangen.

Es bleibt also festzuhalten, dass – übrigens auch entgegen den Ankündigungen des Wirtschaftsministers vom Oktober 2012 bei NetCologne – die Landesregierung bisher keine weiteren Vorschläge gemacht hat, um etwa durch Anreizmodelle die Investitionsbereitschaft von Unternehmen zu stärken. Von greifbaren Resultaten rede ich da noch nicht einmal.

Wir werden so die Zielvorstellung der Landesregierung nicht erreichen können, das Ziel, bis 2018 50 MBit flächendeckend bereitzustellen. Selbst das würde, auch wenn wir es erreichten, aber zur Folge haben, dass für die nächsten fünf Jahre beachtliche Teile in unserem Land von Milliarden Megabits freigestellt sind. Es wird insofern also eine digitale Zweiklassengesellschaft entstehen.

Wir als FDP sind klar der Auffassung, dass wir diese Ziele ehrgeiziger fassen müssen. Bereits 2015 müssen wir eine wesentlich umfassendere Abdeckung mit diesem schnellen Internet im Land erreichen, zumal wir ab diesem Zeitpunkt schon wieder von notwendigen Geschwindigkeiten von 100 oder mehr MBit reden werden. Dafür sind die Voraussetzungen in Nordrhein-Westfalen aber nicht gegeben. Dass es möglich ist, zeigen andere Bundesländer wie etwa Bayern. Deswegen ist es in einem ersten Schritt zum Beispiel notwendig, dass die Landesregierung endlich die Kompetenzen in diesem Bereich zusammenfasst, dass nicht mehr Landwirtschafts-

ministerium, Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium hier zuständig sind, sondern wir die Kompetenzen beim Wirtschaftsminister bündeln, dass weitere Stärkungen, etwa der Anlaufstellung BreitbandConsulting.NRW, erfolgen, damit diese auch proaktiv auf die Kommunen in Nordrhein-Westfalen zugehen kann und dann auf dieser Basis die weiteren Schritte folgen können.

Ich halte für meine Fraktion fest: Das Thema ist für die Menschen und für die Unternehmen und damit für die gesamte Entwicklung in Nordrhein-Westfalen von entscheidender Bedeutung. Die Landesregierung hat hier leider in den letzten zwei Jahren nicht genug getan. Nordrhein-Westfalen hat hier einiges an Nachholbedarf. Insofern freuen wir uns auf die dringend notwendigen Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Bombis. – Die Landesregierung hat mit Minister Duin den Fachminister benannt. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank für diese sehr an der Sache orientierte Debatte, vielen Dank für diesen Antrag. Ich denke, dass es in der Tat lohnt, sich nicht nur heute, sondern auch im Ausschuss und an anderen Orten sehr intensiv mit den Fragestellungen, die dieser Antrag aufgeworfen hat, auseinanderzusetzen.

Es ist genauso klar – und da geht es nicht darum, dass man irgendwelche geschönten Statistiken zu Rate zieht –, dass wir in der Tat – und wer hätte das noch vor einigen Jahren gedacht? – eine Versorgung von rund 99 % mit 2 MBit haben, dass wir rund 80 % Versorgung mit 16 MBit haben und dass wir eben zwei Drittel Versorgung mit 50 MBit haben. Das reicht nicht aus, ist aber auch nicht der Stand irgendeines Entwicklungslandes, sondern ist eine gute Basis, auf der wir aufbauen wollen. Deswegen steht in der Koalitionsvereinbarung – das ist die unumstrittene Leitlinie auch für diesen Bereich –, dass wir bis zum Jahre 2018 flächendeckend eine Datenübertragungsrate von 50 MBit erreichen wollen.

Davon gehen wir aus. Wir gehen aber gleichzeitig davon aus, dass staatliches Handeln nur dort sinnvoll ist, wo der Markt tatsächlich versagt. Entlang dieser Maxime will ich mich zu den einzelnen drei Feststellungen und dann zu den vier Forderungen des Antrages im Namen der Landesregierung gerne verhalten.

Die erste Feststellung ist, dass eine Förderung des Breitbandausbaus den Wirtschaftsstandort stärkt

und digitale Teilhabe sichert. Das ist unstrittig und völlig richtig festgestellt.

Das Zweite ist: Der Antrag sagt, dass wir zu langsam vorgehen. – Meine Damen und Herren, die Landesregierung wird zur Beschleunigung des Breitbandausbaus einen Runden Tisch mit allen am Breitbandausbau Beteiligten einrichten. Wir werden in kürzester Zeit eine entsprechende Vorlage im Kabinett haben und das beschließen. Wir werden die TK-Unternehmen, die Bezirksregierungen, die kommunalen Spitzenverbände, die NRW.BANK und andere einbeziehen, um eine klare Strategie zur Erreichung des Ziels 2018 50 MBit zu erarbeiten.

Dritte Feststellung: In Gebieten, in denen eben die Privaten nicht so bereit sind, die entsprechenden Investitionen zu tätigen, sagen die Piraten – so habe ich es jedenfalls verstanden –, dass Investitionen durch das Land notwendig sind, dass wir fördern sollen.

Natürlich gibt es Bundesländer, die andere finanzielle Möglichkeiten haben. Wir haben gestern sehr intensiv über das gesprochen, was finanziell machbar ist. Deswegen ist es meines Erachtens nicht zulässig, den Eindruck zu erwecken, dass wir nur einfach ins Portemonnaie greifen müssen, um Vergleichbares in der Größenordnung 500 Millionen € oder noch mehr tun zu können. Wir brauchen andere Konzepte, wir brauchen intelligenterere Konzepte.

(Thorsten Schick [CDU]: Wir brauchen auch mehr Steuereinnahmen!)

Deswegen zu den Beschlussempfehlungen des Antrages:

Dem ersten Punkt, dass wir eine entsprechende flächendeckende Breitbandinfrastruktur ermöglichen wollen, kann man ja nur zustimmen.

Das Zweite ist schon etwas schwieriger. Ich habe gerade dargestellt, dass wir im Rahmen der Beratungen am Runden Tisch mit allen Beteiligten diese Handlungsoptionen und Vorschläge beraten werden.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sommer?

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Gerne.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Das ist sehr nett. – Bitte schön.

**Torsten Sommer** (PIRATEN): Vielen Dank, Herr Minister Duin. Danke, dass Sie die Zwischenfrage gestatten. Sie haben jetzt schon zwei Mal diesen Runden Tisch erwähnt. Das Ganze geht uns wirk-

lich alle an. Möchten Sie neben den normalen Playern, die da eingeladen werden sollen, auch weitere Vertreter aus der Mitte des Parlaments an diesem Runden Tisch teilnehmen lassen, damit das Plenum immer passend informiert ist?

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Wir haben bisher keine endgültige Kabinettsvorlage zu diesem Thema. Ich sage Ihnen zu, dass ich mir diese Anregung durch den Kopf gehen lasse und mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Kabinett besprechen werde.

(Unruhe bei den PIRATEN)

– Wir müssen ja dazu eine gemeinsame Entscheidung treffen. Klar muss aber ohnehin sein, dass wir so etwas nicht als Veranstaltung hinter verschlossenen Türen organisieren. Es geht vielmehr darum, möglichst viele Partner einzubeziehen, damit wir die gesteckten Ziele, die in der Koalitionsvereinbarung niedergelegt sind, auch erreichen. Da geht es nicht um irgendetwas, was später im Bereich der Geheimdiplomatie enden muss, sondern es geht einfach darum, möglichst viele Ideen, die auch außerhalb der großen millionenschweren Förderprogramme liegen, zu sammeln, um sie dann auf den Weg zu bringen.

Damit bin ich auch bei dem Thema „Fahrplan“. Ich denke, dass sich die dritte Forderung aus dem Antrag dadurch automatisch erledigt.

Bei der vierten haben Sie zwei Punkte, auf die ich getrennt eingehen will: Was zum einen die Veränderung der aktuellen Förderung angeht, ist es schlichtweg nicht möglich – das muss man einfach zur Kenntnis nehmen –, während einer Förderperiode, wenn man klar abgestimmte Programme zum Beispiel mit der Europäischen Union hat, die gesteckten Ziele von 2 MBit auf 6 MBit anzuheben. Gerade jetzt am Ende dieser Förderperiode wird niemand die Richtlinien der Förderprogramme verändern. Und einseitig durch das Land funktioniert das sowieso nicht. Und da die Förderperiode ausläuft, wird auch die EU nicht in der Lage sein, dies kurzfristig noch zu modifizieren.

Der zweite Punkt ist absolut richtig benannt, nämlich dass wir Kommunen mit angespannter Haushaltslage in die Lage versetzen müssen, ihren Beitrag leisten zu können. Deshalb haben wir auch im Ausschuss an verschiedenen Stellen mit Blick auf die zukünftige Förderperiode ganz klar gesagt, dass wir für finanzschwache Kommunen den Fördersatz auf 90 % anheben und den Ersatz des verbleibenden kommunalen Eigenanteils nicht dem kommunalen Haushalt auferlegen, sondern ermöglichen wollen, zweckgebundene Spenden, Drittmittel, also das Geld anderer, dafür einzusetzen. Ich meine, dass das ein Weg in die richtige Richtung ist, um den fi-

nanzschwachen Kommunen einen entsprechenden Ausbau zu ermöglichen.

Alles in allem: Ich finde, dass es sich lohnt, sich mit diesem Thema auch parteiübergreifend intensiv zu befassen, und freue mich ebenso wie Sie auf die Beratungen im Ausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Herr Minister Duin. – Damit sind wir am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/2280** an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** und an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Wer stimmt der Überweisung zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

#### **10 Barrierefreien Zugang zu Mobilität ermöglichen. Zugangshürden ab- statt aufbauen**

Antrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2283

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Bayer das Wort.

**Oliver Bayer (PIRATEN):** Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Mobilitätsakteure! Niemand hier möchte Zugangssperren gegen Schwarzfahrer errichten. Davon gehe ich aus. Das würde auch allem widersprechen, was wir sonst so fordern, schon unseren Bemühungen, vollständige Barrierefreiheit zu erreichen, wie es das Personenbeförderungsgesetz bis 2022 bundesweit fordert. Die barrierefreie Umgestaltung der Bus- und Bahnhaltestellen wäre mit zusätzlichen Barrieren gegen Schwarzfahrer kaum erreichbar.

Es geht jedoch beim barrierefreien Zugang zu Mobilität nicht nur um bauliche Maßnahmen, an vielen Stellen gibt es Zugangshürden. Auch hohe Einzelticketpreise oder eine niedrige Taktfrequenz sind Zugangshürden. Im Regen auf den Bus warten zu müssen, ist eine Zugangshürde. Und viermal umsteigen zu müssen, ist auch eine Zugangshürde. Es gibt viele Dinge, die Zugangshürden sind und den ÖPNV unattraktiv machen. Auch vermeintliche Kleinigkeiten können entscheidende Eintrittshürden zur Nutzung des ÖPNV sein. Auch im Sinne verbesserter Lebensqualität in den Städten sollte es die Auf-

gabe aller Akteure sein, den ÖPNV attraktiver zu gestalten und Zugangshürden abzubauen. Ziel muss es sein, mehr Verkehrsteilnehmer für den ÖPNV zu gewinnen.

Die Grundhaltung, die hinter noch so vagen Plänen steht, Schwarzfahrer durch Zugangssperren abzuhalten, die auch alle anderen Nutzer beeinträchtigen, geht in die komplett entgegengesetzte Richtung. Darum ist unser Antrag wichtig – nicht, weil wir befürchten, dass der VRR nun unmittelbar damit beginnt, Bahnsteigkarten einzuführen, wir möchten hingegen, dass Verkehrsverbünde und Verkehrsunternehmen das Ziel eines attraktiveren ÖPNV ohne Zugangshürden verinnerlichen können,

(Beifall von den PIRATEN)

dass sie ein eigenes Interesse an einer grundsätzlichen Erhöhung der Fahrgastzahlen im ÖPNV entwickeln können. Denn – seien wir ehrlich – dies ist derzeit nicht gegeben. Eine Erhöhung der Fahrgastzahlen ohne oder mit negativem wirtschaftlichem Nutzen für das Unternehmen ist für Verkehrsbetriebe ungefähr so attraktiv, wie eine Stunde im Schneeregen auf den Bus zu warten. Und damit die Fahrgäste nicht im Regen stehen gelassen werden, muss es das Land Nordrhein-Westfalen für die Verkehrsunternehmen attraktiver machen, den ÖPNV attraktiver zu machen, und zwar nicht nur für Abokunden, sondern auch für neue Nutzer des ÖPNV.

Wir haben bereits und werden noch oft darüber diskutieren, wie man eine Steigerung der Attraktivität des ÖPNV bewirken und dessen Akzeptanz und Nutzung durch die Gesellschaft ausweiten kann. So schlägt die Zukunftskommission ÖPNV der Landesregierung auch in ihrem Zwischenbericht Maßnahmen zur Verbesserung von Raumbedienung und Angebotsgestaltung vor. Ja, auch Herr Husmann ist dort neben vielen weiteren Vertretern der Akteure Mitglied, und zwar in den entscheidenden Arbeitsgruppen Zielsystem und Finanzierung.

In dem Zielsystem werden Umweltziele und Mobilitätsziele der Bezahlbarkeit gegenübergestellt. Mal abgesehen davon, dass hier Ziele fehlen, nämlich die der gesamtgesellschaftlichen Bezahlbarkeit von Verkehr und die der Steigerung der Lebensqualität abseits von Mobilitätsbedürfnissen – nicht alles lässt sich unter „Umweltziele“ packen. Abgesehen davon fällt auf, dass die Bezahlbarkeit öffentliche und private Haushalte berücksichtigt, jedoch nicht die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Verkehrsunternehmen, obwohl es natürlich die ganze Zeit darum geht. Der Einfluss dieser Komponente auf die Mobilitätsziele ist enorm.

Wir erfahren in dem Zwischenbericht auch, dass Fahrgeldeinnahmen im Regelfall 35 bis 50 % der anfallenden Betriebskosten abdecken und als Baustein der ÖPNV-Finanzierung unverzichtbar wären. Ein Nulltarif der ÖPNV-Nutzung sei abzulehnen. Warum? – Weil dieser Nulltarif zu erheblichen Fehl-